



**Landkreis Cuxhaven**  
Der Landrat

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Gesamt
Delegationsgemeinden			0,10	0,10			0,48	0,86	0,70	0,31	0,20	2,75
Landkreis Cuxhaven			0,00	0,00	0,70				1,00		0,01	1,71
			0,10	0,10	0,70		0,48	0,86	1,70	0,31	0,21	4,46
						Gesamtkosten nach KGSt:						304.225,20 €

## Wohngeld

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Delegationsgemeinden								1,31	4,26	1,04	0,40	7,01
Landkreis Cuxhaven								0,40			0,01	0,41
								1,71	4,26	1,04	0,41	7,42
Gesamtkosten nach KGSt:												491.412,00 €

## AsylbLG

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Delegationsgemeinden							0,34	1,98	2,26	0,53	0,33	5,44
Landkreis Cuxhaven			0,88					0,00		1,40	0,55	2,83
			0,88				0,34	1,98	2,26	1,93	0,88	8,27
Gesamtkosten nach KGSt:												557.175,60 €

Insgesamt sind somit für diese Aufgabenfelder **7.136.191,20 €** für Personal- und Sachmittel aufzuwenden.

### Variante 1: Lösung ohne Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (geteilte Zuständigkeit, beide Behörden administrieren ihre Leistungen getrennt)

Im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenteilung ist der Landkreis Cuxhaven für die Auszahlung der Kosten der Unterkunft inklusive Heizkosten sowie für die Gewährung der einmaligen Hilfen nach § 23 Abs. 3 SGB II zuständig. Hierunter fallen insbesondere folgende Aufgaben:

Bearbeitung von Erstanträgen für Kosten der Unterkunft und Heizung

Bearbeitung laufender Kosten der Unterkunft und Heizung

- Jährliche Überprüfung der Mietangemessenheit, Heizkosten, Neben- und Betriebskosten
- Bearbeitung von Anträgen auf Beihilfen für Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzüge
- Darlehensgewährungen bei Mietrückständen

Bearbeitung von einmaligen Beihilfen

- Einmalige Beihilfe für Erstausrüstung an Bekleidung
- Einmalige Beihilfe für Erstausrüstung einer Wohnung inkl. Haushaltsgeräten
- Einmalige Beihilfe für mehrtägige Klassenfahrten

Unter Berücksichtigung eines Personalschlüssels von 250:1 ergeben sich unter Berücksichtigung der derzeit bekannten Fallzahlen für das Aufgabenfeld des SGB II die nachfolgenden Personal- und Sachkosten. Hinsichtlich der Einstufung des notwendigen Personaleinsatzes wurde die Vergütungsgruppe V c BAT zugrunde gelegt.

	Alhi	BSHG	Gesamt	Teiler	Personal
Delegationsgemeinden	3284	1307	4591	250	18,364
Landkreis inkl. Gem. Nordholz	1615	985	2600	250	10,400
	4899	2292	7191	250	28,764
Gesamtkosten nach KGSt (BAT V c):					1.901.875,68 €

(Doppelbezieher wurden bei den BSHG Zahlen abgesetzt)

Daneben sind im Landkreis Cuxhaven weiterhin die Aufgabenfelder GSiG, Wohngeld und AsylbLG sowie SGB XII wahrzunehmen. Änderungen zu den gegenwärtigen Werten ergeben sich lediglich für den Bereich des Wohngeldes, da der Wohngeldanspruch für Transferleistungsempfänger zum 01.01.2005 entfällt und dies voraussichtlich zu einer um ca. 50 v. H. reduzierten Fallzahl führen wird. Die nachfolgende Berechnung berücksichtigt diese Einschätzung.

Nach den Festlegungen, die in § 8 SGB II zur Erwerbsfähigkeit getroffen wurden, können die kreisweit anfallenden Fallzahlen im Bereich des SGB XII für die nicht erwerbsfähigen Personen von 3 Sachbearbeitern erledigt werden.

## SGB XII

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Landkreis Cuxhaven				3,00								3,00
				3,00								3,00
Gesamtkosten nach KGSt:												212.760,00 €

## Grundsicherung

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Delegationsgemeinden			0,10	0,10			0,48	0,86	0,70	0,31	0,20	2,75
Landkreis Cuxhaven			0,00	0,00	0,70				1,00		0,01	1,71
			0,10	0,10	0,70		0,48	0,86	1,70	0,31	0,21	4,46
Gesamtkosten nach KGSt:												304.225,20 €

## Wohngeld

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Delegationsgemeinden								0,66	2,13	0,52	0,20	3,505
Landkreis Cuxhaven								0,20			0,01	0,205
								0,86	2,13	0,52	0,21	3,71
Gesamtkosten nach KGSt:												245.706,00 €

## AsylbLG

	A 13	A 12	A 11	A 10	A 8	IV a	IV b	V b	V c	VI b	VII	Ge- samt
Delegationsgemeinden							0,34	1,98	2,26	0,53	0,33	5,44
Landkreis Cuxhaven			0,88					0,00		1,40	0,55	2,83
			0,88				0,34	1,98	2,26	1,93	0,88	8,27
Gesamtkosten nach KGSt:												557.175,60 €

Insgesamt wären somit für diese Aufgabenfelder **3.221.742,48 €** an Personal- und Sachkosten beim Landkreis Cuxhaven und den Delegationsgemeinden einzuplanen.

Dieser Kostenrahmen würde sich für den **Bereich des SGB II** wie folgt verteilen, wenn insoweit wie bisher die kreisangehörigen Gemeinden (mit Ausnahme der Gemeinde Nordholz und der Stadt Cuxhaven) einbezogen würden:

Am Dobrock	133.297,92 €
Bederkesa	113.197,44 €
Beverstedt	125.099,04 €
Börde Lamstedt	46.812,96 €
Hadeln	81.195,36 €
Hagen	86.749,44 €
Hemmoor	151.282,56 €
Land Wursten	86.220,48 €
Langen	126.421,44 €
Loxstedt	135.678,24 €
Schiffdorf	86.749,44 €
Sietland	41.523,36 €
Landkreis Cuxhaven	687.648,00 €
<b>Gesamt</b>	<b>1.901.875,68 €</b>

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass eine „Delegation“ im Bereich des SGB II nur noch in Form von **Vereinbarungen** möglich ist. Des Weiteren ist in den Entscheidungsprozess einzubeziehen, dass die

Stadt Cuxhaven eine Änderung der bisherigen Kostenerstattung, die sie für Tätigkeiten entrichtet, die sie im Gegensatz zu anderen Gemeinden auf diesem Sektor nicht mehr erbringt, anstrebt.

Die Aufgabenerledigung in dieser Art führt zu Folgendem:

- **Allgemeine Bearbeitung**

In diesem Fall würde der Landkreis es den Agenturen überlassen, ihre Aufgaben (Berechnung des ALG II und Vermittlung) zu organisieren und unabhängig davon die Kosten für Unterkunft und Heizung und die Bearbeitung einmaliger Beihilfen pro Bedarfsgemeinschaft errechnen und auszahlen. In jedem Einzelfall müsste vor der Gewährung von Leistungen eine Abstimmung mit der Agentur vorgenommen werden, da diese Sanktionen oder Förderungen veranlassen kann. Daneben können die Berechnungen der Agenturen Auswirkungen auf die Höhe der vom Landkreis/Delegationsgemeinden zu gewährenden Leistungen haben.

- **Folgen für die betroffenen Bürger**

Die betroffenen Bürger hätten zwei unterschiedliche Anlaufstellen, um Fragen zu ihrem Lebensunterhalt bzw. zur Beratung und Vermittlung zu klären.

- **Folgen für die Verwaltung des Landkreises und der Gemeinden in personeller Hinsicht**

Da nur noch ein kleiner Teilbereich der bisherigen Aufgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt zu erfüllen ist, würde die benötigte Qualifikation der Sachbearbeiter/innen sinken. Nach gegenwärtiger Einschätzung würde die Gehaltsgruppe BAT V c (A 7) ausreichen, um die zukünftige Aufgabe zu erfüllen. Der Arbeitsaufwand ist gegenüber einer ganzheitlichen Bearbeitung höher, weil neben den Daten zur Berechnung der vom Landkreis/Delegationsgemeinden zu entrichtenden Beträge die allgemeinen Daten des Hilfeempfängers aufzunehmen sind. Ein automatisierter Datenabgleich ist durch das Vorhandensein der unterschiedlichen EDV-Systeme nicht möglich.

Der Landkreis Cuxhaven hätte keinen Einfluss auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel für Arbeitsgelegenheiten (Ein- bis Zwei-Euro-Stellen), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungsmaßnahmen, die nach vorliegenden Informationen jedenfalls im kommenden Jahr 12,8 Mio. Euro für den Landkreis Cuxhaven umfasst.

**Variante 2: Übertragung von Aufgaben der Agentur für Arbeit an den Landkreis nach § 88 SGB X**

- **Definition**

Nach § 88 SGB X wäre es theoretisch denkbar, dass die Agenturen für Arbeit die Aufgabe, das Arbeitslosengeld II zu berechnen, an den Landkreis delegiert. Damit würde sich die Agentur auf die Aufgabe zurückziehen, Eingliederungsmaßnahmen zu planen und Stellenvermittlungen vorzunehmen. Die Aufgabe der Kommune bestünde in der Berechnung der Kosten für Unterhalt und Wohnung sowie für besondere Aufwendungen. Die Agenturen müssten die Kosten für diese Dienstleistung tragen. Die Agenturen betrachten eine Aufgabenübertragung in dieser Form als wesentlich im Verhältnis zu den insgesamt zu erledigenden Aufgaben und lehnen deshalb aus rechtlichen Gründen diesen Weg ab.

**Variante 3: Gemeinsame Aufgabenerfüllung in einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II**

Wie bereits ausgeführt, ist gegenwärtig eine Fallzahl von 7.191 für die Arbeitsfelder HLU und ALHI zu verzeichnen. Aufgrund einer dann vorhandenen ganzheitlichen Bearbeitung der Fälle kann davon ausgegangen werden, dass sich der Personalschlüssel aufgrund vorhandener Synergieeffekte auf 300:1 erhöhen wird. Für die zu gründende Arbeitsgemeinschaft müsste der nachstehend ausgewiesene Betrag für Personal- und Sachkosten eingeplant werden:

	<b>ALHI</b>	<b>BSHG</b>	<b>Gesamt</b>	<b>Teiler</b>	<b>Personal</b>
Landkreis Cuxhaven	<b>4899</b>	<b>2292</b>	<b>7191</b>	<b>300</b>	<b>23,970</b>
Gesamtkosten nach KGSt (BAT V c):					<b>1.584.896,40 €</b>

(Doppelbezieher wurden bei den BSHG Zahlen abgesetzt)

Der Landkreis wäre weiterhin für die übrigen Aufgabenfelder zuständig, so dass insgesamt Personal- und Sachkosten in folgender Höhe entstehen würden:

SGB XII	212.760,00 €
SGB II	1.584.896,40 €
GSiG	304.225,20 €
Wohngeld	245.706,00 €
AsylbLG	557.175,60 €
	<b>2.904.763,20 €</b>

Nach gegenwärtigen Erkenntnissen wird durch diese Konstellation Folgendes entstehen:

- **Allgemeine Auswirkungen**

Nach § 44 b SGB II ist die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft die erwünschte Alternative zu einer Option durch Kommunen. In einer paritätisch besetzten Trägerversammlung, die u.a. auch den Geschäftsführer bestimmt, sollen die strategischen Zielsetzungen – einschließlich der Maßnahmen für die Eingliederung der Arbeitssuchenden in Höhe von 12,8 Mio € – in der Arge ausgehandelt werden. Das von beiden Partnern eingebrachte Personal soll gemeinsam die erforderlichen Aufgaben erfüllen.

Die Rechtsform der Arbeitsgemeinschaft ist gegenwärtig noch in der Diskussion. Das Land Niedersachsen befindet sich im Beratungsprozess für ein Gesetz zur Änderung des Nieders. Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (Nieders. AG SGB II), das derzeit eine Anstalt des öffentlichen Rechts vorsieht.

- **Folgen für die betroffenen Bürger**

Die Betroffenen erhalten sämtliche Leistungen in den zu bildenden Anlaufstellen aus einer Hand. Bei der Festlegung der Standorte sollten besonders die Verkehrsverhältnisse (Erreichbarkeit) berücksichtigt werden.

- **Folgen für die Verwaltung des Landkreises und der Gemeinden in personeller Hinsicht**

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen hat der Landkreis die Kosten der Unterkunft und die Beträge für Einmalaufwendungen, die nicht von den Regelleistungen erfasst werden, sowie die damit in Zusammenhang stehenden notwendigen Personal- und Sachkosten zu tragen. Die hierzu vorstehend genannten Daten beruhen auf Erfahrungswerten mit der Bearbeitung in diesem Handlungsfeld. Über die Anzahl der Mitarbeiter, die mit dem zu tätigenen Aufwand verknüpft ist, laufen Verhandlungen mit den Beteiligten (Agenturen / Delegationsgemeinden). Nach den Äußerungen, die bisher von den Agenturen getätigt worden sind, besteht großes Interesse daran, über den Personalrahmen, den der Landkreis zur Verfügung zu stellen hat, Mitarbeiter vom Landkreis und von den Delegationsgemeinden gegen Kostenersatzung zu beschäftigen. Von einem Arbeitsplatzverlust der Mitarbeiter/innen, die derzeit in den in Rede stehenden Arbeitsfeldern tätig sind, ist folglich nicht auszugehen. Es ist auf Wunsch der Gemeinden vorgesehen, die nicht mehr benötigten Mitarbeiter der Gemeinden in die Landkreisverwaltung zu übernehmen und dann in die Arbeitsgemeinschaft zu überführen.

- **Folgen für die übrigen Aufgaben (SGB XII, Grundsicherung, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld)**

Wegen der geringen Fallzahlen in den einzelnen Aufgabenbereichen bietet es sich aus ökonomischen Gründen an, die Aufgaben zentral durch den Landkreis Cuxhaven wahrnehmen zu lassen. Die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anfallenden Aufgaben können allerdings aus organisatorischen Gründen zentral nur schwerlich erledigt werden, weil die Betroffenen naturgemäß in der Regel nicht mobil sind, ein ständiger Kontakt aus verschiedenen Gründen aber unerlässlich ist. Hier sind noch passende Lösungen zu entwickeln.

**Fazit und Vorschlag**

Unter Einbeziehung der wesentlichen Inhalte des SGB II und der vorstehenden Darlegungen wird vorgeschlagen, mit den Agenturen für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft für die von dem jeweiligen Träger nach dem SGB II zu erledigenden Aufgaben zu gründen. Im gegenwärtigen Stadium sollten die dem Landkreis nach § 16 Abs. 2 SGB II obliegenden Aufgaben – Schuldner- und Suchtberatung etc. – in diese Arbeitsge-

meinschaft nicht einfließen.

Die Entscheidung für eine Arbeitsgemeinschaft ist erforderlich, da sonst die Agenturen gezwungen wären, sich auf die eigenständige Aufgabenwahrnehmung vorzubereiten und keine Arbeitsgemeinschaft mehr möglich wäre. Gegenseitige Aufgabenübertragungen sind in diesem Fall während der Übergangszeit bis zur endgültigen Einrichtung der Anlaufstellen möglich.

Des Weiteren wird vornehmlich aus ökonomischen Gründen und im Hinblick auf die insgesamt vorhandenen Fallzahlen vorgeschlagen, die Aufgabenfelder SGB XII (einschließlich Grundsicherung) und Wohngeld nicht mehr zu delegieren, sondern ebenso wie andere Aufgabengebiete – Erziehungsgeld, BAFöG, Hilfen in besonderen Lebenslagen – zentral zu bearbeiten. Eine Aufteilung der Fallzahlen in diesen Arbeitsfeldern auf insgesamt 13 Behörden ist aus wirtschaftlichen Gründen (vor allem im Hinblick auf die Personal- und EDV-Kosten) nicht vertretbar. Die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz anfallenden Aufgaben sind ebenfalls vom Grundsatz her so zu organisieren, wobei, wie oben ausgeführt, hierzu noch passende Lösungen zu entwickeln sind.

Das Fazit ist mit den Gemeinden vorläufig zu besprochen und entspricht dem Gesprächsstand mit den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden. Eine weitere Abstimmung – kann bedingt durch die Ferien-, Urlaubszeit – erst am 26.10.2004 stattfinden. Sämtliche Ergebnisse entsprechen darüber hinaus den Absprachen mit den Agenturen als Grundlage der weiteren Verhandlungen, die im Wesentlichen bis zum Jahresende abzuschließen sind zur Vorbereitung der weiteren Entscheidungen und Umsetzung der ARGE. Die Anlaufstellen der ARGE zur gemeinsamen Aufgabenerledigung sind an folgenden Standorten vorgesehen:

1. in der Stadt Cuxhaven unter Einbeziehung der Gemeinde Nordholz
2. in der Stadt Otterndorf für die Samtgemeinden Am Dobrock, Hadeln und Sietland
3. in der Stadt Hemmoor für die Samtgemeinden Börde Lamstedt und Hemmoor
4. in Bremerhaven für die Stadt Langen, Gemeinden Loxstedt, Schiffdorf
5. in Beverstedt, Hagen, Bad Bederkesa und der Samtgemeinde Land Wursten voraussichtlich mit Sprechstunden; hierzu stehen noch Gespräche Ende Oktober 2004 an.

Bei den weiteren Verhandlungen sind diese mit den Agenturen und Gemeinden abgestimmten Standorte zugrunde zu legen. Sie berücksichtigen die prognostizierten Fallzahlen und werden voraussichtlich wirtschaftlich zu führen sein. Es soll bei den in Zukunft vom Landkreis Cuxhaven zu erledigenden Aufgaben in der Umsetzung versucht werden, die Tätigkeiten, die nicht zentral beim Landkreis Cuxhaven erledigt werden müssen, möglichst an diesen Standorten dezentral im Interesse der Bürger mit zu erledigen.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung gegeben.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Cuxhaven bildet mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade eine Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II und überträgt ihr die ihm nach §§ 22 und 23 Abs. 3 SGB II obliegenden Aufgaben, möglichst mit Wirkung vom 01.07.2005.

Der Landrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorvereinbarung mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade abzuschließen und die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und zu diesem Zeitpunkt auch die Erledigung der Aufgaben nach dem SGB XII (einschließlich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und nach dem Wohngeldgesetz durch die Kreisverwaltung sicherzustellen; dies gilt auch für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes.